

11./12. 1919

106

Die Wohnungsfrage im neuen Deutschland.

Mit der Förderung einer großzügigen Wohnungsreform beschäftigte sich am Montag abend im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses eine stark besuchte Versammlung des Deutschen Reichswohnungsausschusses. Professor Dr. Fuchs bemerkte in seinem einleitenden Vortrag unter anderem: Der Deutsche Wohnungsausschuß habe während des Krieges andauernd die Regierung auf die Gefahren einer nach dem Kriege zu erwartenden Wohnungsnot hingewiesen. Die ständigen Eingaben hätten leider keinen Erfolg gehabt, so lange man dem Uebel noch steuern konnte. Die Maßnahmen des Jahres 1918 seien zu spät gekommen. Man könne die Frage aufwerfen, ob es nicht ohne Einfluß war, daß die Länder, in denen das Einfamilienhaus vorherrscht, im Kriege die stärkeren Nerven hatten. Aus den gemachten Erfahrungen müssen wir die Lehre ziehen, daß eine Abkehr von der Mietkaserne und eine Rückkehr zum Flachbau in den Städten erfolgen müsse. Eine gründliche Wohnungsreform lasse sich durchführen auch trotz der herrschenden Wohnungsnot. Auch eine großzügige innere Kolonisation müsse in engste Fühlung mit der großstädtischen Wohnungsreform gebracht werden. Prof. Fuchs forderte ferner die Zusammenfassung der städtischen und ländlichen Siedlung in ein Reichswohnungs- und Siedlungsamts, entsprechend den Landesämtern.

Dr. v. Mangoldt, Geschäftsführer des Vereins für Wohnungsreform und des Deutschen Wohnungsausschusses, wies die Ansicht zurück, daß die Wohnungsfrage jetzt hinter dringlicheren Aufgaben zurückstehen müßte. Geburtenrückgang und Radikalismus brachte er in enge Beziehungen zu schlechten Wohnungsverhältnissen. Generalsekretär Bornstedt forderte von den Gemeinden eine weitsichtige Bodenpolitik und beschäftigte sich mit den praktischen Fragen bei der Durchführung des Siedlungswesens und der Wohnungsreform. Dr. Sonnenschein (München-Gladbach) verwies auf die Schäden im studentischen Wohnungswesen. Die Versammlung nahm am Schluß folgende Entschließung an:

Die Versammlung erachtet eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform, die insbesondere auch auf dem Wege einer großzügigen Dezentralisationspolitik und einer weiteren Ausgestaltung der zuständigen Zentralstellen im Reich und in Preußen zu erstreben ist, auch im neuen Deutschland sowohl für unbedingt notwendig wie auch für durchaus möglich und durchführbar. Sie erblickt in ihr eins der wichtigsten Stücke für den Wiederaufbau unseres Landes und fordert die Nationalversammlung und alle sonst zuständigen Stellen auf, die Lösung dieser großen vaterländischen Aufgaben mit allem Nachdruck zu fordern.